

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 60 Rp.

Kann das harmonische Verhältnis zur Schweiz bewahrt bleiben?

Vor 20 Jahren sorgte das Postulat Oehler für Aufregung in der Schweiz und in Liechtenstein – Derzeit steht die Anpassung des Zollvertrags bevor

(G.M.) – Das Verhältnis des Fürstentums Liechtenstein zur Schweiz bildet gegenwärtig Gegenstand von Verhandlungen, weil die Schweiz dem EWR-Beitritt in einer Volksabstimmung eine Absage erteilte, das Fürstentum Liechtenstein jedoch den Beitritt zum EWR-Abkommen genehmigte. Allerdings mit dem Vorbehalt, dass der Zollvertrag Schweiz-Liechtenstein beibehalten werden könne. Die Verhandlungen über die Anpassung des 70jährigen Vertrages sind aufgenommen worden, womit die Erinnerung an das Postulat Oehler vor 20 Jahren wachgerüttelt wurde: Der damalige St. Galler Nationalrat Edgar Oehler verlangte nämlich die Überprüfung der Vertragsverhältnisse zwischen der Schweiz und Liechtenstein.

Vor rund zwei Jahrzehnten begründete CVP-Nationalrat Edgar Oehler im Berner Parlament seinen Vorstoss zur Überprüfung der vertraglichen Verhältnisse und bezog sich dabei auch auf die eigenständige Aussenpolitik unseres Landes: «Warum hat die Fürstliche Regierung das EWG-Abkommen, den EWG-Assoziierungsvertrag, selbst unterzeichnet, währenddem doch in Artikel 7 des Zollvertrages steht: Kraft des gegenwärtigen Vertrages finden im Fürstentum Liechtenstein in gleicher Weise Anwendung wie in der Schweiz – die von dieser mit dritten Staaten abgeschlossenen Handels- und Zollverträge.» Dieses Postulat Oehler löste eine Welle von Ak-

tivitäten aus, bis nach dem Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung alle zuständigen Instanzen sich damit befassten.

Positive Entwicklung der Beziehungen

Der Bundesrat kam in seinem Bericht, den er am 21. Dezember 1973 veröffentlichte, zum Schluss, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seit dem Abschluss des Zollvertrages «durchaus positiv entwickelt» hätten. Zwar fügte die Berner Regierung an, dass noch gewisse Probleme mit dem PTT-Vertrag bestünden, die inzwischen mit der Neufassung des Postvertrages jedoch aus dem Weg geräumt wurden, und dass «gewisse Aspekte des Umweltschutzes im nachbarlichen Verhältnis» hinderlich seien – doch auch die damals hohe emotionale Wellen werfende Ödestillationsanlage Sennwald stellt heute kein Hindernis mehr dar. Wie sieht die Beziehung zwischen der Schweiz und Liechtenstein heute aus, da eine wichtige europäische Entscheidung den gemeinsamen aussenpolitischen Weg in Frage stellt?

Keine Geschenke machen

Tatsache ist, dass sich das Fürstentum Liechtenstein mit der Änderung des Zollvertrages die Möglichkeit geschaffen hat, selbst Mitglied der EFTA zu werden, womit sich eine gewisse Emanzipierung von der Seite der Schweiz bemerkbar machte. Weitere Tatsache der

eigenständigen Bestrebungen in der Aussenpolitik bildet die EWR-Abstimmung, die in unserem Land trotz dem schweizerischen Nein zu einem mehrheitlichen Ja führte. Die Schweiz hat bislang diesen Eigenständigkeitsbestrebungen recht viel Verständnis entgegengebracht, das sich im Laufe der Zeit – ebenso wie die Beziehungen zwischen den beiden Staaten generell – entwickelte. Kurze Zeit nach Abschreibung des Postulates Oehler in den Eidgenössischen Räten schrieb Dieter J. Niedermann im Handbuch zur schweizerischen Aussenpolitik: «Die Zeiten sind vorüber, da die Schweiz dem Fürstentum Liechtenstein Almosen spenden muss. Das Fürstentum ist selbst ein prosperierendes Land geworden, das die ihm von Dritten erbrachten Leistungen ohne Schwierigkeiten entgelten kann. Es geht infolgedessen nicht darum, Liechtenstein aus falsch verstandener Solidarität Geschenke zu machen. Das heisst aber gleichzeitig, dass dieser kleine Staat als solcher – nicht nur protokollarisch – akzeptiert wird und seine Mitsprache nicht nur geduldet, sondern als Mittel zur Gestaltung seiner eigenen Zukunft begrüsst wird.»

Rücksicht auf gegenseitige Interessen

Trotz dieses Verständnisses dürfte es nicht leicht sein, den Zollvertrag «EWR-konform» zu gestalten, da sich die Teilnahme Liechtensteins in zwei verschie-

denen Wirtschaftsräumen praktisch ausschliesst. Markus Büchel, FBP-Regierungschefkandidat, schrieb in der 2. Auflage des Handbuchs der schweizerischen Aussenpolitik, das vor wenigen Monaten erschienen ist, dass die engen Bande zur Schweiz für das Fürstentum Liechtenstein von «elementarer Bedeutung» seien: «Für eine erfolgreiche Fortsetzung ist die lange geübte Partnerschaftlichkeit und Rücksichtnahme auf gegenseitige Interessen die beste Garantie. Reglungsdifferenzen sollten in diesem Sinn zu keinem unverhältnismässigen Nutzen zugunsten eines Partners führen.» Schon vorher hatte Prinz Nikolaus, der an der Spitze der EWR-Verhandlungsdelegation stand und auch die Verhandlungen über den Zollvertrag mit der Schweiz führt, in einem Vortrag ausgeführt:

«Dass die Beziehungen nicht nur eng, sondern auch freundschaftlich und wenig bilateralen Problemen behaftet sind, ist keine Selbstverständlichkeit.

Gerade bei so ungleichgewichtigen Partnern kann es schnell zu Missstimmigkeiten kommen. Es ist vor allem der Schweiz anzurechnen, dass das Verhältnis zu seinem kleinen Partner immer ein harmonisches blieb.» Vor diesem Hintergrund bleibt zu hoffen, dass das harmonische Verhältnis auch in Zukunft beibehalten werden kann, auch wenn Liechtenstein vorerst andere aussenpolitische Zielsetzungen verfolgt.

Sondierungsgespräche mit VU und Freie Liste

Die FBP nimmt in den nächsten Tagen die Sondierungsgespräche mit der Vaterländischen Union (VU) und der Freien Liste (FL) über eine Koalitionsvereinbarung auf. Wenige Tage nach dem Wahlerfolg, der die FBP als mandatsstärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen liess, richtete FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer an VU und FL im Auftrag des FBP-Landesvorstandes ein Schreiben mit der Aufforderung, erste Sondierungsgespräche über mögliche Koalitionen aufzunehmen.

Wie FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer am Mittwoch nachmittag auf Anfrage erklärte, liegt eine Antwort der Freien Liste bereits vor, so dass noch in dieser Woche ein Sondierungsgespräch über die politische Situation und über die Absichten der Freien Liste erfolgen kann.

Von seiten der VU liegt nach seiner Auskunft ebenfalls eine Zusage zur Aufnahme von Gesprächen vor, doch konnte noch kein definitiver Zeitpunkt vereinbart werden, weil der zugesagte Antwortbrief noch nicht eingetroffen ist. Der FBP-Präsident hofft jedoch, dass mit der VU ebenfalls in den nächsten Tagen ein erstes Gespräch stattfinden kann.

Der FBP-Landesvorstand sprach sich einhellig für die Aufnahme von Sondierungsgesprächen mit beiden anderen Gruppierungen aus, nachdem vor der Wahlentscheidung keine konkrete Zusage auf die eine oder andere Seite hin in bezug auf eine Koalition gemacht worden war. Die VU hingegen hatte sich vor der Wahl eindeutig für die Fortsetzung der «grossen Koalition» mit der FBP ausgesprochen und verschiedentlich bekräftigt. Die Freie Liste machte deutlich, dass sie grundsätzlich nicht an einer Regierungsbeteiligung interessiert sei, sofern es zu einer Einigung der beiden Grossparteien komme. Erst bei fehlender Einigung zwischen FBP und VU könnte sie sich eine Koalition mit der einen oder anderen Seite vorstellen.

Gegen Eintrittstaxen in Spitälern

Solothurn (AP) Das Konkordat der Schweizerischen Krankenkassen (KSK) warnt die Kantone vor der Erhebung von administrativen Eintrittstaxen in Spitälern. In einem Rundschreiben wurden die kantonalen Kassenverbände aufgefordert, derartige Taxen zu bekämpfen und auf keinen Fall via Zusatzversicherung abzudecken, wie der Leiter der KSK-Tarifabteilung, Rene Gröfling, bestätigte.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich weiter verringert

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1990 im Fürstentum Liechtenstein liegen vor – Noch 1,3 Prozent der Beschäftigten sind Bauern

(G.M.) – Die Landwirtschaft im Fürstentum Liechtenstein unterliegt einem Schrumpfungprozess. Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1990, die am Mittwoch veröffentlicht wurde, hat sich im Vergleich zur Zählung 1985 sowohl der Bestand an hauptberuflichen Landwirten als auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche verringert. Angestiegen ist im gleichen Zeitraum jedoch die Zahl des Rindviehs.

Durch die Betriebszählung 1990 wurden noch 417 Betriebe erfasst (1985 noch 448), deren Zahl damit innerhalb von fünf Jahren um 6,9 Prozent zurückgegangen ist. Davon werden nur noch 138 von hauptberuflich tätigen Landwirten bewirtschaftet. Insgesamt jedoch arbeiteten zum Erhebungszeitpunkt 848 (1000) Personen in der Landwirtschaft. Insgesamt 258 Personen, 32 Frauen und 226 Männer, üben ihre Beschäftigung in der Landwirtschaft als Hauptberuf aus, während 590 Personen, 378 Männer und 212 Frauen, zu den Nebenerwerblichen Arbeitskräften auf den Bauernhöfen gezählt werden. Die hauptberuflichen Ar-

beitskräfte machen noch 1,3 (1,7) Prozent der Gesamtzahl der im Fürstentum Liechtenstein Beschäftigten aus.

Sehr viele Kleinbetriebe

Die landwirtschaftlichen Betriebe weisen sehr unterschiedliche Grössen aus. Mit weniger als 1 Hektar Kulturfäche wurden 141 (138) Betriebe gezählt, eine Grösse von 1 bis 5 Hektar wiesen 107 (125) Betriebe aus. Die mittleren Betriebsgrössen mit 5 bis 10 Hektar Kulturfäche sind mit 43 (60) eher schwach vertreten, ebenso die Betriebsgrössen von 10 bis 20 Hektar mit 45 (59) Betrieben.

Beide Kategorien zeigen im Vergleich zur Landwirtschaftszählung 1985 auch eine deutliche Abnahme auf. Demgegenüber ist die Zahl der grossen Betriebe mit über 20 Hektar von 66 auf 81 Betriebe angestiegen.

Kulturfäche verringert

Die landwirtschaftliche Kulturfäche verringerte sich seit der letzten Zählung auf 3569 (3660) Hektar, wovon nach Abzug von 43 (53) Hektar Wald noch eine Nutzfläche von 3527 (3607) Hektar übrigbleibt. Innerhalb von fünf Jahren zeigt sich damit eine Reduktion um 2,2 Prozent. Das offene Ackerland belief sich auf 1021 (958) Hektar, wovon 484 Hektar oder 47,3 Prozent mit Silo- oder Grünmais als Hauptkultur bepflanzt war. Die Wiesen und Weiden umfassten 2430 (2590) Hektar, womit das Grünland



Nach der Landwirtschaftszählung 1990 hat die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe abgenommen, doch die Zahl der Rindvieh-Einheiten nahm im Zeitraum von 1985-1990 zu. (Archivbild)

flächenmässig einen deutlichen Überhang aufweist.

Weniger Landwirte, aber mehr Vieh

Entsprechend dem Rückgang der Landwirtschaftsbetriebe nahm auch die Zahl der Viehbesitzer ab, während die Zahl der Tiere eine Zunahme zu ver-

zeichnen hat. Gesamthaft wurden noch 286 (347) Viehbesitzer ermittelt, wovon 169 (207) Rindviehbesitzer. Der Rindviehbestand stieg innerhalb von fünf Jahren auf 6650 (6228) Einheiten an, was einem Bestand von 39 (30) Rindvieh-Einheiten pro Landwirtschaftsbetrieb entspricht.

Jugendliche sollen mit 18 Jahren mündig werden

Der Schweizer Bundesrat verabschiedete Botschaft – Elterliche Unterhaltspflicht für Erlernen eines Berufs

Bern (AP) Künftig sollen Jugendliche bereits ab 18 Jahren mündig sein, sich verheiraten können und Steuern zahlen müssen. In der am Mittwoch vom Bundesrat zuhanden des Parlaments verabschiedeten Botschaft wird das geänderte Umfeld der Jugendlichen sowie die Anpassung ans herabgesetzte Stimm- und Wahlrecht für die Änderung ins Feld geführt.

Im Jubiläumsjahr zum 700jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft machte der Souverän den Jugendlichen ein Geschenk besonderer Art und senkte das

Stimm- und Wahlrechtsalter auf 18 Jahre. Als zweiter Schritt soll nun auch das Mündigkeits- und Ehefähigkeitsalter von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt werden.

Der Bundesrat folgte mit der vorgelegten Änderung des Zivilgesetzbuches verschiedenen Vorstössen aus dem Parlament und der Entwurf stiess in der Vernehmlassung auf grosse Zustimmung, wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) mitteilte. Mit der Herabsetzung der Mündigkeit wird auch eine Angleichung an die

Regelung in den meisten anderen europäischen Ländern vorgenommen. Die heutige Jugend geniesse mehr Freiheiten und sei selbständiger als die Jugend in früheren Zeiten, schreibt die Schweizer Landesregierung in ihrer Botschaft. Zudem sei die heutige Zeit grundsätzlich jeder Form von Emanzipation günstig gesinnt und hege eine gewisse Abneigung gegen Abhängigkeitsverhältnisse.

Die bis heute geltende Möglichkeit, eine Frau im Alter von 17 bis 18 Jahren als ehemündig zu erklären, fällt dahin.

DS-2011

deSede-Handwerk.
Die Liebe zum Detail.

Ursprüngliches, natürliches Leder und ausgewählte Stoffe - verarbeitet nach höchsten Qualitäts-Massstäben. deSede. Spürbare Handwerkskunst made in Switzerland.

deSede

THONY

FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 15
Tel. 075 / 232 44 22

WOHNEN

RENOMMIERTESTEN

ZWANZIG DER WELTWEIT

huber

SWITZERLAND · GENUSS · PREISWERT

SCHWEIZER MARKENUHREN

JR. **BLANCPAIN**